



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

R/7/37

13. Februar 1950

Schlechter Wahlredner Adenauer

sp. Am letzten Sonntag sprach Bundeskanzler Dr. Adenauer vor etwa 800 CDU-Funktionären. Er hat sich dabei von der Seite des schlechten Wahlredners gezeigt, der überzeugen will, ohne dass er selbst überzeugt ist - nämlich von dem, was er sagt. Denn das konnte er bei auch geringem Erinnerungsvermögen, zumindest in einigen wesentlichen Punkten, einfach nicht sein.

Er hat u.a. erklärt, der sozialdemokratische Antrag in der Arbeitslosenfrage wäre unnötig gewesen, da die Regierung das Problem schon von sich aus längst behandelt habe. Das ist, mit allem Respekt gesagt, einfach unwahr. Wahr ist dagegen, dass der SPD-Antrag, diese Frage ausführlich im Plenum zu behandeln, Ende Januar im Ältestenrat besprochen wurde. Die CDU hat bei dieser Gelegenheit, die Sache um eine Woche zu verschieben, mit der Begründung, dass Prof. Erhard im Auslande sei. Die SPD hat akzeptiert. Dann hat sich aber herausgestellt, dass für die CDU vor allem ein vorheriges Zusammentreten ihrer Sozialausschüsse notwendig sei, offenbar um der Partei nach aussen hin ein prae zu verleihen und auch vor allem, um sich schnell noch vor Toresschluss darüber schlüssig zu werden, was man eigentlich vorschlagen könne.

Im Ältestenrat hatte man sich also auf Mittwoch, den 8. als den Tag der grossen Arbeitslosendebatte geeinigt. Aber die CDU hat nochmals um Vertagung: am Mittwoch fände eine seit langem vorgesehene Besprechung Adenauers mit dem britischen Hohen Kommissar in Bad Oeynhausen über die Freigabe von Raum in den westfälischen Bädern statt. Am Mittwoch vormittag tagte nun der Aussenpolitische Ausschuss. Am Dienstag abend aber hatte der Bundeskanzler dem SPD-Abgeordneten Carlo Schmid mitgeteilt, er könne nicht zum Aussenpolitischen Ausschuss kommen - weil die Regierung noch nicht mit der Beratung des Arbeitslosenproblems fertig sei. Und nach Oeynhausen ist Herr Adenauer nicht gefahren, wobei er sich

ebenfalls mit der Vorbereitung des Regierungsprogrammes entschuldigte. Aber der Wahlredner Adenauer behauptet unbekümmert, es hätte der Initiative der SPD nicht bedurft, um diese Frage zur Sprache zu bringen.

Der Bundeskanzler hat in Bochum auch beschwörend gesagt, man solle doch im Parlament keine parteipolitischen Reden halten. Dazu nur der kurze Hinweis, dass die massivste parteipolitische Intervention in der vergangenen Woche die des Bundeskanzlers gegen den Bestand der niedersächsischen Regierung war. Als Parteiführer hat er den Versuch einer klassischen politischen Fernlenkung unternommen: Der Vorstoss war auch kein spontaner Akt. Adenauer hat schon früher erklärt, die CDU müsse in Niedersachsen die Regierung rechtzeitig vor den Wahlen verlassen und auf den damaligen Einwand von CDU-Seite, die Gelegenheit sei verpasst, hat er erklärt, Anlässe liessen sich immer schaffen. Den Beweis dafür hat er dann selbst erbracht.

Der Bundeskanzler hat sich weiter über die "Faulheit" der Abgeordneten beschwert. Diese verärgerte Bemerkung geht darauf zurück, dass bei der entscheidenden Abstimmung über den SPD-Antrag zu später Nachtstunde nicht genügend CDU-Abgeordnete vorhanden waren, um den Antrag abzulehnen. Er sollte also auch in diesem Punkte nicht verallgemeinern. Weiter: Dr. Adenauer hat erklärt, die Bundesregierung habe 3,5 Mrd. D-Mark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereitgestellt und sie sei damit an die äusserste Grenze ihrer Möglichkeiten gegangen. Man wäre dem Bundeskanzler für eine detaillierte Aufstellung dankbar. Wir sind der Ansicht, dass diese Angabe nicht stimmt. Der vom Bund zur Verfügung gestellte Betrag ist viel geringer und seinerseits nur im geringsten Teil gesichert, sehr wesentliche Bestandteile dieser Summe werden von Stellen aufgebracht werden müssen, deren guten Willen die Bundesregierung nicht einfach auf ihr Konto setzen kann.

Schliesslich: Niemand sei mit den Arbeitsmethoden in Bonn zufrieden und deshalb trete er für die Zusammenlegung der allzu zahlreichen Ausschüsse ein. Zur Steuer der Wahrheit sei bemerkt: alle jetzt bestehenden Ausschüsse sind aufgrund einstimmiger Beschlüsse in interfraktionellen Beratungen zustande gekommen, also auch unter Zustimmung der Partei Dr. Adenauers.

Dr. Adenauer legt Wert auf die Würde seines Amtes. Glaubt er, sie besonders überzeugend durch eine solche, mit ganzen und halben Unwahrheiten durchsetzte Rede zu demonstrieren?

Die SPD und Remer

sp. Auf einer Pressekonferenz am Montag, den 13. Februar in Hannover, erklärte Remer, er habe zehn Tage vor den Bundestagswahlen, etwa um den 4. August herum, über den Kapitän Max Glase von dem Bürgermeister von Varel, Adolf Heidenreich, ein Angebot erhalten, der SPD beizutreten und in der Jugenderziehung zu wirken. Wie Remer äusserte, sei ihm dieses Angebot in ultimativer Form gemacht worden. Er sollte sich in 24 Stunden dazu erklären. Ausserdem habe ein Oberst a.D. von Kantstein eine Vermittlerrolle übernommen. Remer sagte dann, es stehe einwandfrei fest, dass ihn die SPD damals vor den Bundestagswahlen für salonfähig gehalten habe.

Dazu erklärte unter dem 13.2. 11.35 Uhr der Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages Adolf Heidenreich (SPD) auf persönliches Befragen, dass er niemals irgend jemandem einen Auftrag gegeben habe, mit Herrn Remer Fühlung aufzunehmen. Der Kapitän Max Glase sei früher Mitglied der DP gewesen und für diese als Redner aufgetreten, sei aus der DP ausgeschieden und hätte dann Fühlung zur SPD gesucht. Glase und der frühere Oberst v. Kantstein seien irgendwie mit Remer verwandt. Glase habe von sich aus den Versuch gemacht, nach seiner eigenen Annäherung an die SPD Remer mit ihm, dem Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Heidenreich, zusammenzubringen. Heidenreich hat/ solche Zusammenkunft mit Remer grundsätzlich abgelehnt und hat Glase erklärt, dass er gar nicht berechtigt sei, im Sinne oder im Auftrage der SPD zu sprechen. Versuche Glases, in die SPD aufgenommen zu werden, seien bisher immer abgewiesen worden. /eine

- 0 - 0 -

Kommt ein Strafverfahren? (sp.) "Wenn aus den Feststellungen des Untersuchungsausschusses nicht die notwendigen Folgerungen gezogen werden, wird sich die Frage ergeben, ob eine gerichtliche Klärung erfolgen muss". Das ist die Ansicht des Bürgermeisters Heiland, Mari, zu den Vorgängen in dem Versicherungsverband für Gemeinden und Gemeindeverbände, Sitz Köln.

Was hat sich dort ereignet? Nach dem Ende des Krieges sind bei diesem Verband zwei Vorstands- und drei Aufsichtsratsmitglieder von Amts wegen eingesetzt worden, der Geschäftsführer blieb ein Dr. Schulte. Zwei Häuser des Verbandes sind bei Bombenangriffen zerstört worden. Schulte schlug nun vor, dass der Verband zum Wiederaufbau des Hauses seiner Frau einen Zuschuss gewähren sollte. Das Haus hatte im Jahre 1936 einen Wert von 41.000 Mark. Bis zu diesem Betrage sollte der Verband einspringen und dafür später fünf Jahre frei in dem Haus Wohnung haben. Aus den 41.000 Mark wurden 130.000. Auf den durch den Währungsschnitt möglich gewordenen Rücktritt vom Vertrage machte Dr. Schulte nicht aufmerksam.

Erst verhältnismässig spät kamen diese Dinge den beteiligten Gemeinden zur Kenntnis, Dabei mussten sie gleichzeitig die Feststellung machen, dass auch die sonstige Geschäftsführung des Herrn Schulte ihnen nicht zum Vorteil gereicht. Sämtliche Vorstandsmitglieder hatten festgestellt, dass eine Pflichtverletzung des Geschäftsführers vorliege. Die Generalversammlung hat es abgelehnt, Herrn Schulte zu entlassen. Sie hat aber einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Die Gemeinden werden erstlich die Frage zu prüfen haben, ob sie ein solches Verhalten ihrer Vertreter in der Generalversammlung billigen.

- 0 - 0 -

Frankreich schwenkt nach rechts

A.F. Paris, im Februar

Der Austritt der französischen Sozialisten aus der Regierung wurde schon lange erwartet. Der zweitrangige Streit um die zu bezahlende Sonderprämie an die Arbeitnehmer war kaum mehr als ein Vorwand. Die Gegensätze zwischen rechts und links haben sich seit über sechs Monaten ständig verschärft, besonders seitdem die gemässigte Rechte die gaullistische Gefahr nicht mehr zu befürchten hat. Die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und konservativen Liberalen erwies sich auf die Dauer als unhaltbar. Frankreich hat grundsätzlich den Weg der liberalistischen Wirtschaft gewählt, und es ist daher verständlich, wenn die sich immer stärker durchsetzenden Rechtskreise auf der Neutralisierung des sozialistischen Einflusses in der Regierung bestehen. Dazu kommt der etwas überraschende Beschluss der Gaullisten, auf ihren bisherigen Ausschliesslichkeitsanspruch zu verzichten. De Gaulles Freunde sind der sterilen und hoffnungslosen Opposition müde geworden, sie möchten gern mitregieren. Aus diesen beiden Gründen ist man im Lager des Generals zur Mitarbeit im bestehenden Rahmen des demokratisch-republikanischen Staates bereit.

Die Neigungen Bidaults gehen ausserdem mehr nach rechts als nach links. Es dürfte ihm nicht schwer fallen, mit den Gaullisten Fühlung aufzunehmen, selbst wenn der nicht zu unterschätzende linke Flügel seiner Partei eine derartige Umorientierung entschieden ablehnt.

Die klare Trennung zwischen rechts und links kann unter Umständen der Demokratie in Frankreich förderlich sein. Die Zusammenarbeit mit den Konservativen hat den Sozialisten in den Reihen der Arbeiterschaft stark geschadet und eine Verjüngungskur in der Opposition sollte ihnen ermöglichen, einen Teil ihrer in den letzten Jahren verlorenen Anhänger wiederzufinden. Das allgemeine Klima ist zweifellos günstig, denn zahlreiche Arbeiter sind der kommunistisch-sowjetischen Manöver müde und wären gern bereit, einer tatkräftigen, sozialistischen Partei wieder ihre Stimme zu geben. Bisher blieben sie an die Kommunisten gefesselt, weil diese allein und vorbehaltlos die Arbeiterinteressen zu verteidigen schienen.

Der ungebildeten Regierung Bidault ist kaum eine lange Lebens-

dauer vorauszusagen. Schon die erste Abstimmung hat bewiesen, dass der Ministerpräsident nur sehr beschränkt mit sozialistischer

Unterstützung rechnen darf. Man denkt also wieder an Neuwahlen, die von den Konservativen gewünscht und von den Sozialisten nicht

sonderlich gefürchtet werden. Allein die Volksrepublikaner sehen diesem Ereignis mit Unruhe entgegen, da sie mit ungewöhnlich starken Stimmenverlusten rechnen müssen.

Eine letzte Möglichkeit wäre die Bildung einer Regierung der "nationalen Einheit" unter Beteiligung aller nicht kommunisti-

schen Parteien. Hierbei müsste es sich um eine im nationalen Interesse unvermeidliche Massnahme gegen die kommunistische Ge-

fahr handeln. Es ist kein Geheimnis, dass Moskau Frankreich zum Ziel einer neuen politischen Offensive ausersehen hat. Die kommu-

nistische Gewerkschaft bemüht sich verzweifelt - und bisher auch vergeblich - Streikbewegungen auszulösen. Selbst die ihr im all-

gemeinen sehr gehorsamen Hafenarbeiter beginnen, die kommunistischen Forderungen zu überhören und die Waffen für Indochina oder aus

Amerika zu verladen. Der französische Arbeiter ist heute nicht gewillt, sein tägliches Brot auf dem Altar der Kominform zu opfern.

Dazu fehlt ihm auch der unentbehrliche materielle Rückhalt.

- o - o -

Schutz vor Mandats-Missbrauch

Der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Arnold Hille (SPD) stellt uns folgenden Beitrag zur Verfügung:

Das Parlament des zweitgrössten Landes der Bundesrepublik hat durch gewisse Vorgänge in den letzten zwei Jahren stark an Ansehen ein-

gebüsst. Es fing mit Herrn Loritz an, dann kam Herr Baumgartner und jetzt installierten sich aus dem Anhang des Herrn Loritz der

"Deutsche Block" unter Führung des Abgeordneten Meissner, die "Partei für Recht und Freiheit". Meissner hat jetzt die frühere

Rolle von Loritz übernommen, nur mit dem Unterschied, dass er nicht nur gewisse Führer der grossen Parteien als "Landesverräter" be-

zeichnet, sondern auch unverblümt neofaschistische Ziele vertritt. Als er kürzlich die Wandelgänge des Landtages besuchte, um sich

durch Eintragung in die Anwesenheitsliste seine Diäten zu sichern, beförderten ihn sozialdemokratische Abgeordnete an die frische

Luft, nachdem er offenbar bereits wieder auf dem Wege dorthin war. Meissner hat diesen zweifellos nicht alltäglichen Vorgang dazu

benutzt, gegen die betreffenden Abgeordneten, deren Partei er in schimpflichster Weise verleumdete, Strafantrag zu stellen. Ungeachtet seiner "gekränkten Ehre" zieht er aber weiter durchs Land, um gegen die Demokratie und ihre Organe zu hetzen.

Nach der heutigen Geschäftsordnung kann sich der bayerische Landtag gegen solche Erscheinungen nicht selbst schützen, Erscheinungen, die zweifellos darauf hinauslaufen, nicht nur der Institution der Volksvertretung, sondern auch der Demokratie den Garaus zu machen. Es gilt daher, entsprechende Vorschriften gegen solche Versuche zu schaffen. Solche Vorschriften müssen selbstverständlich alles vermeiden, was eine echte freie Aussprache verhindern und einer Partei damit die Möglichkeit geben könnte, missliebige Abgeordnete auf die Dauer auszuschließen. Worauf es allein ankommt ist, den Missbrauch des Mandats zu verhindern. Ein solcher liegt zweifellos vor, wenn Mitglieder des Parlamentes notorisch verleumdet oder gar antidemokratische Ziele offen propagiert werden. Die Parlamente, nicht nur das bayerische, sollten es sich schuldig sein, ihre Einrichtung nicht zur Tribüne gegen die Demokratie benutzen zu lassen. Die demokratischen Parteien sollten es sich zur Pflicht machen, umgehend ein Gesetz zu schaffen, das den genannten Forderungen und dem Selbsterhaltungstrieb der Demokratie Rechnung trägt.

- o - o -

Ostzonen-Gewerkschafter abgesetzt

Wie wir der "Tribüne", dem Organ des FDGB der sowjetischen Zone, entnehmen, sind auf der Zentralvorstandssitzung der J.G.

Jeder der Ostzone der 1. und 2. Vorsitzende August B l u m e und S t e i n f ü h r sowie die Landesvorsitzenden von Sachsen

M e r k e l und S c h ü f f l e r ihrer Posten enthoben worden. Eine "Untersuchungskommission" habe festgestellt, dass die Abge-

setzten zu wenig für die politische (!) Schulung der Mitglieder und Funktionäre getan hätten, auch hätten sie zu wenig die Hennecke-

Bewegung gefördert, so dass "Konzern-" und "Schumacher-Agenten" die politischen und organisatorischen Schwächen des Verbandes aus-

nutzen konnten.

Den Gewerkschaftern in der Bundesrepublik sind Blume und Schüffler als alte Freigewerkschafter wohlbekannt. Blume war

bis 1933 2. Vorsitzender des Sattlerverbandes und Schüffler Bezirksleiter im Zentralverband der Schuhmacher. Diese beiden

Kollegen vertraten auch bei den verschiedenen interzonalen Konferenzen nach 1945 ihre Gewerkschaft und sind bei den Verhandlungen - im Rahmen ihrer Möglichkeiten - bemüht gewesen, die Einheit der gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Wie viele andere wiegten sie sich in der falschen Hoffnung, dass es, zumindest auf dem etwas neutraleren Boden der Gewerkschaftsbewegung, eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten geben könne. Nachdem sie mühselig ihren Verband wieder aufgebaut haben, gibt man diesen alten, verdienstvollen Gewerkschaftern einen Fusstritt. S.N.

- o - o -

KP - Manöver

sp. Unter der Überschrift "Neutralität - so oder so - " befasst sich das Organ der Industriegewerkschaft Bergbau, "Die Bergbau-Industrie", mit den Manövern der kommunistischen "Neuen Volkszeitung", die auf eine Durchbrechung der gewerkschaftlichen Neutralität abzielen. Diese Manöver verstärkten sich besonders während der vor kurzem abgeschlossenen Verhandlungen um Lohnerhöhungen im Bergbau. Dazu schreibt "Die Bergbau-Industrie" u.a.:

"Nicht im Interesse der Bergarbeiter wird geschrieben, sondern im Interesse eines bestimmten Auftrages. Es bedarf keiner grossen Überlegung, die Gründe aufzuspüren, warum die "Neue Volkszeitung" zu einer derartigen Haltung kommt. Unbestreitbar leidet die KP - als politischer Faktor - an Schrumpfungsercheinungen. Sie ist politisch zur Splitterpartei herabgesunken. Der verlorengegangene Einfluss soll deshalb durch erhöhte und verstärkte Agitation in den Reihen der Bergarbeiterschaft wettgemacht werden. Tendenziöse Darstellungen, falsche Berichterstattung, alarmierende Nachrichten, aufreizende Schlagzeilen usw. sind die Instrumente, auf denen gespielt wird. Zwar ändert sich manchmal die Taktik, aber das Ziel ist immer dasselbe: Unruhe und Unzufriedenheit unter die Mitgliedschaft zu bringen und Misstrauen gegen die Verbandsführung zu stiften.

Dass jetzt die Trommel verstärkt geführt wird, ist ebenfalls klar. In den nächsten Wochen und Monaten werden nämlich die Wahlen für die Geschäftsstellen- und Bezirkskonferenzen für den Bergbau durchgeführt. Für diese Wahlen muss Stimmung gemacht werden. Und man scheut sich nicht, die sicher noch vorhandene Not der Bergarbeiter für dieses Vorhaben mit einzusetzen".

- o - o -